

Auch der Gesundheitsschutz erlaubt es nicht, gegenüber gesunden Menschen Methoden der Folter und der Erniedrigung anzuwenden.

Wir benötigen - zumal in Deutschland - eine stärkere Sensibilisierung für die Begriffe Folter und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezeichnet man besonders grausame Vergehen gegen Zivilisten, also Menschen, die keiner Armee angehören und auch keine Uniform tragen. Solche Verbrechen sind zum Beispiel die bewusste Tötung, Ausrottung, Verfolgung, Vertreibung oder Folter von Menschen. Diese schweren Straftaten können nicht verjähren. Das heißt, sie können verfolgt und bestraft werden, egal wie viele Jahre seit dem Verbrechen vergangen sind.

Erst wenn den Menschen bewusst wird, mit welchen Mitteln hier gerade hantiert wird, und welche Folgen das hat, wird die Spaltung der Gesellschaft überwunden werden können.

Die Pflicht für gesunde Menschen Masken (häufig schon FFP2) tragen zu müssen, stellt tatbestandlich Folter dar. Hier wird sowohl das Sichtfeld eingeschränkt als auch der Atemwiderstand erhöht und die Menschen in Angst gehalten. Eine solche Maßnahme als Schutz für den Träger kann und darf nur kurzfristig erforderlich sein und auch nur dann, wenn für diesen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine erhebliche Gefahr besteht.

Folter bleibt Folter - egal aus welchem Motiv sie angewandt wird.

"Zur Instrumentalisierung der Angst kommt nun auch noch der Missbrauch der Nahrungsmittelversorgung für politische Zwecke hinzu. Das ist mit dem universellen Menschenrecht auf Nahrung (Art. 11 Uno-Sozialpakt) unvereinbar. Schon seit über einem Jahr wird die Bevölkerung mit Schockpropaganda, Isolation und immer drastischer räumlich und zeitlich ausgeweiteten Maskenpflichten gepeinigt", erklärt uns Menschenrechtsaktivistin Hassel-Reusing.

Den Menschen, die behaupten, derjenige, der die Maßnahmen verweigert sei unsolidarisch, muss entgegengehalten werden:

Es gibt keine Pflicht, Methoden der Folter, Elemente von Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder entwürdigende Behandlung zu erdulden. Das Verbot von Folter ist absolut. Es ist mit nichts! zu rechtfertigen.

Erzeugung von Angst und Panik, Isolierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung, Entzug und Beschränkung von Grundrechten, Kontaktverbot, Drohung mit empfindlichen Übel...

All das sind Elemente von Folter und Erniedrigung und zugleich Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Kein Mensch muss diese Maßnahmen gegen sich erdulden - aus keinem Grund.

Die Behauptung Leben zu retten rechtfertigt nicht, an anderer Stelle Leben zu zerstören.

Insbesondere rechtfertigt eine vermeintliche Prävention derartige Eingriffe nicht. Darüber hinaus gibt es keinen Beleg dafür, dass auch nur ein einziges Leben durch Einsperren, Masketragen, Isolation, Schulverbote usw. gerettet worden wäre - außer im Nachhinein sich jedesmal als falsch erwiesene Modellierungen. Es gibt aber zuhauf Beweise und Belege, dass die getroffenen Maßnahmen Leid und Tod verursacht haben.

Es geht mir gerade weniger darum, einzufordern, dass die Täter vor Gericht gestellt werden, als zu verdeutlichen, dass wir die Macht haben laut "Nein" zu sagen, weil das Recht - nicht die aktuelle Rechtsprechung - hinter uns steht.

Nur wenn wir anderen die Macht dazu geben, können sie so mit uns verfahren. Wir haben den Schlüssel in der Hand, alles zu beenden.

Der Staatsrechtler Prof. Josef Lindner fasst die rechtliche Situation die wir gerade haben in einem Video, das ich vor kurzem gesehen habe gut zusammen.

Am Ende habe ich eine andere Schlussfolgerung als er. Er sagt, dass keine anderen Möglichkeiten als das Widerstandsrecht Art. 20 Abs. 4 GG mehr gegeben sind und dann:
"...dessen Voraussetzungen allerdings sicherlich nicht gegeben sind."

Bereits an der Betonung merkt man schon, dass er nicht den Mut hat, das für einen Juristen Unaussprechbare deutlich zu formulieren.

Art. 20 Absatz 4 Grundgesetz besagt:
"Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Prof. Lindner analysiert richtig, dass der Staat gerade dabei ist, unsere Ordnung (Gewaltenteilung, Geltung der Grundrechte) zu beseitigen und dass die Gerichte keine Abhilfe mehr ermöglichen.

Exakt das wurde als Voraussetzung für das Widerstandsrecht definiert.

Die Frage ist nicht, ob das Widerstandsrecht aktuell greift sondern nur, wie es umsetzbar ist. Dafür habe ich eine Formel entwickelt:

Widerstand bedeutet, dass das Staatsvolk der Staatsmacht die Gefolgschaft verweigert.

Wir müssen immer den Rechtsweg gehen. Alleine, um das Unrecht zu dokumentieren.

Unerträgliches Unrecht ist unanwendbar und damit nichtig.

Isolation alter Menschen, Besuchsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht, Demonstrationsverbote oder Beschränkung von Teilnehmerzahlen, Geschäftsschließungen, Schließungen von Kultureinrichtungen sind unerträgliches Unrecht.

Nur wenn sie kurzfristig (einige Stunden bis wenige Tage) aufgrund einer nachgewiesenen sicher den Tod bringenden übertragbaren Krankheit erforderlich wären, könnten sie mit klaren gesetzlichen Regeln zulässig sein.

Solange die Maßnahmen nicht alternativlos sind (siehe Schweden, Florida, Texas usw.) sind sie ausschließlich erniedrigende Behandlung.

Das bedeutet für denjenigen, der sie anordnet sind sie eine Straftat gegen die Menschlichkeit, so wie für denjenigen, der sie nicht verhindert.

Ich habe als Jurist und Rechtswissenschaftler gelernt, unerträgliches Unrecht nicht anzuwenden.

Das bewusste Erzeugen von menschlichem Leid unter Inkaufnahme von tausenden Todesfällen ist kein Recht und kann auch nicht mit einer Seuchengefahr gerechtfertigt werden.

Meine Berufsordnung verpflichtet mich, meine Mandanten vor staatlichem Machtmissbrauch zu schützen.

Die Ethik verpflichtet mich, dieses Gebot auf alle Menschen auszudehnen.

Mein Appell an alle Parlamentarier, Minister, Richter und Behördenmitarbeiter:

Beenden Sie den Lockdown jetzt.

Es ist nie zu spät umzukehren.

Auch wenn Sie glauben, dass jeder Tote, jedes misshandelte Kind, jede vernichtete Existenz mehr durch die von ihnen angeordnete/umgesetzte/gerechtfertigte Maßnahme nur ein statistischer Wert ist, handelt es sich bei jedem davon um Menschen. Bei jedem dieser Menschen erzeugen Sie Leid.

Dieses Leid werden Sie vor dem Strafgericht von den Zeugen in Wort und Bild erfahren und ertragen müssen.

Es wird bei der Strafzumessung eine Rolle spielen und Sie werden Ihr ganzes Leben damit zurecht kommen müssen, das größte menschliche Fiasko, dass es im Namen der Gesundheit je gegeben hat, angerichtet zu haben.

Ich gebe hier und heute ein Versprechen:

Ich werde ein Aufklärungszentrum einrichten, dessen Aufgabe es sein wird, jeden

Einzelnen, der an den Maßnahmen beteiligt und dadurch für die daraus entstandenen Schäden verantwortlich ist, jeden Politiker, Richter, Polizisten, Arzt, wissenschaftlichen Berater, Lobbyisten zu suchen, mit den Taten und Opfern zu konfrontieren und vor ein unabhängiges Gericht zu stellen.

Es wird Dokumentationszentren geben, die Ihre Taten belegen und der Nachwelt eine Warnung sein werden, wie schnell Menschen in Machtpositionen in totalitäre Verhaltensweisen abrutschen können.

Egal wie lange Sie Leben werden, die Gerechtigkeit wird sich am Ende durchsetzen.

Schauen Sie genau auf das Urteil aus Weimar und das Urteil aus Wien.
Wir alle Juristen wissen, dass diese Urteile diejenigen sind, die sich am Ende durchsetzen.

Meine Solidarität gilt den Menschen, die durch menschliche Eingriffe geschädigt und getötet worden sind.

Mein Mitgefühl gilt allen Menschen, die erkranken, an Hunger leiden, Angehörige verlieren.

In einer gerechten Welt organisieren die Menschen gemeinsam, dass niemand Hunger leiden muss, dass die beste medizinische Versorgung zur Verfügung steht und kein Mensch einem anderen Menschen aufgrund einer Machtposition seinen Willen aufzwingen darf.

Dafür lohnt es sich, jeden Tag vollen Einsatz zu zeigen.

Die Verantwortung, eine solche gerechte Welt zu schaffen, haben wir alle gemeinsam. Jeder Einzelne von uns und wir als Gemeinschaft, die sich zusammengefunden hat, um dieses Unrecht zu beenden.

Wir alle zusammen beenden jetzt den Lockdown.

Lasst uns das zusammen jetzt und hier und jeden Tag wiederholen:

Wir alle zusammen beenden jetzt den Lockdown.

Und um es uns noch einfacher zu machen, haben wir diesen Ruf mit einer Musik versehen, die in Chile und anderen südamerikanischen Ländern verwendet worden ist, um die Herrschaft repressiver Regime zu beenden.

Lasst uns gemeinsam dieses Lied hören und zusammen lautstark singen:

Wir alle zusammen beenden jetzt den Lockdown.